

## Redaktioneller Teil

### Verband der Buchhändler in Polen.

Sonntag, den 14. August 1932, 15 Uhr im Restaurant »Bau-Hütte«,

#### 13. ordentliche Hauptversammlung,

zu der wir unsere Mitglieder einladen. Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

Die Tagesordnung und die Zeiteinteilung der Veranstaltung werden unseren Mitgliedern durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Der Vorstand. J. A.: Arnold Friedte.

### Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Lausanne — Steuerlast und Wirtschaftsnot — Buchgewerbe — Buchhandel.]

Seit Wochen halten die Verhandlungen in Lausanne die Welt in Spannung. Zum ersten Mal ist dabei Deutschland in der glücklichen Lage, hinsichtlich der Druckempfindlichkeit besser als alle anderen dazustehen. Allenfalls kann man noch hinsichtlich der Vereinigten Staaten von Nordamerika feststellen, daß auch sie am längeren Hebelarm sitzen. Die Rücksicht auf die amerikanischen Präsidentenwahlen lähmt nicht nur wie schon stets die Beweglichkeit der Politik Washingtons, sondern konnte es auch allen anderen, namentlich Frankreich, bisher immer noch geboten erscheinen lassen, trotz aller drängenden Not, doch erst noch einmal auf eine Vertagung der wirklichen Entscheidung bis in den Herbst abzuzielten. Am 19. Mai stellte die United Press in einer Meldung aus Washington der Lausanner Konferenz folgende Prognose:

Ein sechsmonatiges Schuldenmoratorium von seiten der europäischen Länder durch eine Schuldenregelungskonferenz im November oder Dezember, auf der auch die Vereinigten Staaten sich vertreten lassen würden, wurde als voraussichtliche Entwicklung in diesen Fragen von einem Sachverständigen der Regierung der United Press gegenüber bezeichnet. Der Sachverständige erklärte, daß es nunmehr die Meinung der Weltöffentlichkeit geworden zu sein scheint, daß die europäischen Regierungen von sich aus ein sechsmonatiges Moratorium erklären und dann im Spätherbst eine endgültige Vereinigung der Frage vornehmen würden. Erst auf dieser Konferenz, äußerte sich der Sachverständige, würde man aller Wahrscheinlichkeit nach eine definitive Lösung suchen, und es sei nicht ausgeschlossen, daß sich die Vereinigten Staaten an der Arbeit beteiligen würden, da man in Lausanne eine solche Lösung zu verschieben suchen werde. Lausanne würde deshalb wohl kaum ein positives Ergebnis zeitigen, da man erst die Lösung der politischen Lage in den Vereinigten Staaten abwarten müsse. Man habe das Gefühl, daß sich allmählich eine Besserung in der Stimmung des Kongresses gegenüber den Kriegsschulden bemerkbar mache. Falls keine unvorhergesehenen radikalen Wendungen eintreten sollten, so dürfte man mit einer unvoreingenommenen Haltung des Kongresses für dieses Problem Ende des Jahres rechnen, so schloß der Sachverständige der Regierung.

Danach hat sich vor allen Frankreich, wie gesagt, verhalten. Allerdings steht auch diese bisherige Insel im Krisenmeer unter steigendem Druck. Der amtliche Produktionsindex zeigt einen ständigen, gleichmäßigen Rückgang. Er betrug

	Maximum 1930	Ende 1931	April 1932
Generalindex . . . . .	144	111	95
Maschinenindustrie . . . . .	162	118	96
Stahlindustrie . . . . .	133	82	71
Bergbau . . . . .	159	105	95
Bautätigkeit . . . . .	142	122	107
Textilindustrie . . . . .	97	59	52
Automobilindustrie . . . . .	685	471	430

Dazu kommen die wachsenden Budgetschwierigkeiten, die nicht zuletzt das Kabinett Herriot gefährden. Von hier aus ist auch das brennende Interesse Frankreichs an der Sanierung der Donauländer zu verstehen. Kommt es dort zum allgemeinen Moratorium, so trifft der härteste Stoß Frankreich, aber auch England. Die Sanierung der Donauländer ist aber zugleich das Kernproblem der Reparationsfrage. Die Handelsbilanzüberschüsse aus dem Verkehr mit Osteuropa lieferten ja bisher Deutschland nicht den kleinsten Teil der Devisen, die es für die Tributzahlungen an Frankreich und die anderen Gläubiger brauchte. Nachdem dieses System zusammengebrochen ist, steht dahinter die Gefahr, daß Frankreich und England auch noch die Kapitalien verlieren, die sie im Balkan jahrelang investiert haben, um sich und der Welt das Funktionieren des Versailler Tributsystems vorzutauschen. Für England kommt der Druck auch noch von anderer Seite. Die Preisgabe des Goldstandards hat sich, wie hier schon wiederholt betont, als Fehlschlag erwiesen. Der Schritt hat nicht das gehalten, was man sich davon versprochen hat. Das britische Problem ist so allein nicht zu lösen. Auch die Empirepolitik, die in Ottawa demnächst besprochen werden soll, hat tausenderlei Schwierigkeiten in sich. Auf jeden Fall könnte man in Ottawa mit mehr Sicherheit arbeiten, wenn man vorher wüßte, was aus Lausanne wird. Daher das überaus starke Interesse Englands, Lausanne nicht scheitern, ja nicht einmal nur in einen Vertagungsbeschluss erden zu lassen. Zunächst hat ja nun Lausanne wenigstens das eine sofort gebracht, daß glücklich noch einem ganzen verlorenen Jahr das Hoovermoratorium tatsächlich festgestellt wurde. Im übrigen standen dann aber die Verhandlungen unter der Belastung des Basler Gutachtens, auf die wir seinerzeit hier sofort aufmerksam gemacht hatten. Das Gutachten hat bekanntlich die deutsche Zahlungsunfähigkeit nur für den Augenblick festgestellt, ausdrücklich aber auf die zu erwartende künftige Besserung der Lage hingewiesen und dafür alles offen gelassen. Daß die deutsche Regierung Brüning dieses Gutachten angenommen hatte und zur Grundlage ihrer Politik für Lausanne machte, hat sie also von vornherein der französischen Auffassung gegenüber gestellt, alles auf die künftige Lösung abzuschieben und nur vorläufige Erleichterungen zu gewähren. Frankreich hat zunächst sogar die Politik verfolgt, als erstes die Sanierung der Donauländer durchzuführen, damit den europäischen Krisenherd auszuräumen und so Deutschland die Voraussetzung für die unveränderte Fortzahlung der Tribute zu schaffen, wobei wir die Donausanierung noch durch eigene Opfer zu ermöglichen gehabt hätten. Dieser Plan dürfte endgültig in der Wollschlucht verschwunden sein. Die Notwendigkeit der Donausanierung besteht natürlich nach wie vor. Daran wird sich auch Deutschland beteiligen, aber nur nach seiner Befreiung von Tributen jeder Art. Auf Einzelheiten soll im Augenblick nicht weiter eingegangen werden. Zweifels- ohne wird die Lösung auf dieser Grundlage der Weltwirtschaft sehr kräftige Anstöße geben. Zeichen eines unter dem Eindruck dieser Möglichkeiten neu auflodernden Optimismus sind bereits vorhanden. Es wird unter allen Umständen aber doch noch einige Zeit dauern, ehe an die Verwirklichung aller Hoffnungen